

Der Armut keine Chance

Existenz sichern, Teilhabe garantieren, Selbstbestimmung ermöglichen

16-202

Grüne Politik für eine soziale Gesellschaft

Grüne Politik tritt für eine Gesellschaft ein, in der niemand ausgegrenzt wird und in der alle ihre Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten bekommen. Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Sozialpolitik, die Selbstbestimmung, Teilhabe und eine verlässliche materielle Absicherung gleichermaßen ermöglicht.

Von einer Verwirklichung dieses Anspruchs in unserem Land kann jedoch nicht die Rede sein. Derzeit lebt mehr als jeder sechste Mensch in Deutschland in Armut. Während die Einkommen und Vermögen der Wohlhabenden weiter gewachsen sind, haben Geringverdienende und Erwerbslose immer weniger in der Tasche. Wir stehen auch nach den arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Reformen der letzten Jahre vor dem Problem, dass viele Menschen ohne existenzsicherndes Erwerbseinkommen und ohne notwendige Unterstützung dauerhaft sozial ausgegrenzt werden. Wir müssen feststellen, dass der Abstand zwischen unseren Zielen und der Wirklichkeit vor Ort gewachsen ist – verstärkt auch durch Entscheidungen der großen Koalition. Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht heute bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest: Die Mittelschicht schrumpft. Die Löhne im unteren Einkommensbereich sind in den letzten fünf Jahren um ein Siebtel gesunken. Fast jeder vierte Job ist heutzutage ein Niedriglohnjob. Die Zahl der Kinder im Hartz-IV-Bezug beläuft sich auf rund 1,8 Millionen. Nicht weniger, sondern immer mehr Alleinerziehende sind Jahr für Jahr auf das Arbeitslosengeld II (ALG II) angewiesen. Die Wohlstands- und Aufstiegsversprechen vergangener Jahrzehnte sind so nicht einzuhalten. Es droht die dauerhafte Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer: diejenigen, die "produktiv" einer Erwerbsarbeit nachgehen und somit dazugehören und jene, die sich überflüssig und von der Gesellschaft nicht gebraucht fühlen.

Armut bemisst sich nicht allein an einem leeren Portemonnaie. Berufschancen, Bildungsabschluss und Gesundheitssituation bestimmen ebenso die Lebenslage und das Armutsrisiko. Allerdings: Geld zählt! Denn wenn in Deutschland einer Alleinerziehenden mit einem Kind monatlich weniger als 1.300 Euro netto zur Verfügung stehen, hat sie laut Statistischem Bundesamt die Armutsrisikoschwelle für diese Gruppe schon erreicht. Damit kann sie nur schwerlich selbst bestimmen, wie und ob sie an der Gesellschaft teilhaben kann. Die Wahrscheinlichkeit von Armut betroffen zu sein, macht sich vor allem an vier zentralen Armutsrisiken fest: zu geringe Einkommen, Arbeitslosigkeit, ungleiche Bildungschancen sowie die mangelnde Unterstützung von Kindern.

Grüne Politik setzt bei diesen vier Armutsrisiken an, um selbstbestimmte Teilhabe zu garantieren und Existenz zu sichern. So gilt es, Mindestlöhne und eine tatsächlich existenzsichernde Grundsicherung einzuführen, Beschäftigung zu fördern statt Arbeitslosigkeit zu organisieren, in vielfältige Aus- und Weiterbildungsstätten zu investieren und Kindern den Zugang zu gut ausgestatteten Kindergärten und Schulen zu ermöglichen. Wie Politik hier handeln kann, darum geht es in den folgenden Kapiteln.

Existenz und Einkommen sichern

Arm trotz Arbeit – das ist auch in Deutschland kein Widerspruch mehr. Mehr als 6,5 Millionen Menschen arbeiten inzwischen im Niedriglohnsektor. Fast ein Drittel von ihnen verdiente 2006 weniger als fünf Euro brutto in der Stunde. Rund 1,3 Millionen Erwerbstätige stocken ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II auf, um über die Runden zu kommen. Knapp 400.000 von ihnen beziehen sogar trotz einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitanzstellung ALG II. In keinem anderen Industrieland ist die Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Mittlerweile ist der Niedriglohnsektor fast so groß wie in den USA. Und dies, obwohl rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss haben! Und trotzdem: Die Chance, aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Beschäftigung zu kommen, ist hierzulande besonders gering.

Auch das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen wächst. "Wenn Frauen schlecht verdienen, ist dies schließlich nicht nur ungerecht, es ist auch die Hauptursache dafür, dass Kinder verarmen", befand jüngst

eine große deutsche Tageszeitung. Von Armutslöhnen sind vor allem Frauen betroffen. Auch hier schneidet Deutschland im europäischen Vergleich schlecht ab.

Die große Koalition hat im Konjunkturpaket II Steuerentlastungen in einem jährlichen Volumen von 7,5 Milliarden Euro verteilt. Aber nur die Hälfte der Haushalte wird durch solche Steuerentlastungen überhaupt erreicht. Und selbst nach Angaben der schwarz-roten Bundesregierung kommt der Löwenanteil von 90 Prozent der Steuerentlastungen dem oberen Zehntel der Spitzenverdiener zugute. So driften Arm und Reich weiter auseinander.

Wer arbeitet, muss von seinem Einkommen leben können. Wir meinen es ernst mit dem Schutz vor Lohnarmut und wollen Mindestlöhne für alle einführen. Frauen müssen den gleichen Lohn bekommen wie Männer und dürfen bei Aufstieg und Karriere nicht den Kürzeren ziehen. Durch eine Reform des Beitragssystems zu den Sozialversicherungen wollen wir zudem Geringverdienende entlasten.

Lohndumping stoppen

Mindestlöhne sind kein Ersatz für Tarif-, Gleichstellungs- oder Verteilungspolitik. Sie sind aber notwendig, um Lohndumping Einhalt zu gebieten. Wir setzen auf die Tarifpartner zur Aushandlung fairer Löhne. Aber nicht in allen Branchen gibt es funktionierende Tarifpartnerschaften. Für sie muss eine Mindestlohn-Kommission aus Vertretern der Sozialpartner und der Wissenschaft eine verbindliche Lohnuntergrenze als Mindestlohn festlegen. Oberhalb dieser allgemeinen Untergrenze sind branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne jederzeit möglich.

Geringverdienende entlasten

Für Menschen mit niedrigen Einkommen gibt es zwar geringere Steuersätze, aber keine vergleichbare Regelung bei den Beitragssätzen zur Sozialversicherung. Das ist ungerecht und ein Grund für das hohe Armutsrisiko von Geringverdienenden. Darum wollen wir die Lohnnebenkosten für kleine Einkommen senken.

Frauen fördern

Frauen verdienen bei uns fast ein Viertel weniger als Männer. Kaum ein anderes europäisches Land hat so große Gehaltsunterschiede zwischen Mann und Frau wie Deutschland. Wir wollen, dass gleiches Geld für gleiche Arbeit gezahlt wird und dass Frauen endlich eine gleichberechtigte Rolle im Erwerbsleben spielen. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb müssen wir Arbeitszeiten flexibler gestalten, eine umfassende Kinderbetreuung gewährleisten, ArbeitnehmerInnen in Teilzeit gleichberechtigt an Weiterbildung und Aufstieg teilhaben lassen und das überholte Modell des Alleinverdieners entsorgen. Vor allem aber müssen die "typischen Frauenberufe" wie etwa Krankenschwester und Altenpflegerin neu bewertet werden und die "typisch männlichen" Berufe von Frauen erobert werden.

Existenz sichern

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende muss neben dem bloßen Lebensunterhalt auch die Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft ermöglichen. Das ist im Moment nicht der Fall. Deshalb treten wir dafür ein, die Sätze für das Arbeitslosengeld II neu zu ermitteln und an das gestiegene Preisniveau anzupassen. Für einen alleinstehenden Erwachsenen sollte die Regelleistung in Zukunft 420 Euro statt 351 Euro betragen. Der Bedarf von Kindern und Jugendlichen muss eigenständig ermittelt und ebenfalls angehoben werden. Heute bekommen Kinder rund drei Euro am Tag für das Essen und gerade einmal 1,20 Euro pro Monat für Schreibwaren. Davon kann sich kein Kind gesund ernähren und die Ausgaben für die Schule bestreiten. Selbst die Richter am Bundessozialgericht haben festgestellt, dass die jetzige Regelleistung nicht an den Bedürfnissen von Kindern ausgerichtet ist. Was Eltern im ALG II-Bezug für ihre Kinder zugestanden wird, reicht hinten und vorne nicht. Darum stehen arme Kinder häufig im Abseits: An einen Besuch von Sportveranstaltungen oder Museen gemeinsam mit anderen Kindern ist zum Beispiel nicht zu denken.

Altersarmut verhindern

Viele Menschen treibt die Angst um, im Alter arm zu werden. Wer jahrelang zu Niedriglöhnen arbeiten muss oder häufiger arbeitslos wird, kann kaum ausreichende Rentenanwartschaften aufbauen. Vor allem Frauen, die wenig verdienen haben, viele Jahre Kinder erzogen oder Pflege geleistet haben, konnten dafür kaum Rentenansprüche sammeln. Mit unserem Vorschlag zur Garantierente wollen wir die Verschiedenheit der Lebens-

läufe besser berücksichtigen und bei der gesetzlichen Rentenversicherung als Kernstück der Sicherung im Alter nachbessern. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass sie als langjährig Beitragszahlende der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Die Garantie-Rente soll gering entlohnte Beschäftigte besser vor Altersarmut schützen, indem ihre Rentenanwartschaften aufgestockt werden. Auch Phasen der Kindererziehung und Pflege sollen berücksichtigt werden.

In Weiterbildung investieren

Gezielte Aus- und Weiterbildung trägt dazu bei, Ein- und Umsteiger fit zu machen für Berufe, in denen qualifizierte Kräfte gesucht sind. Mit einer Kombination aus Grundqualifikation, Weiterbildungsbausteinen und Praxis wollen wir individuelle Bildungswege ermöglichen und auch ungelerten ArbeiterInnen Aufstiegsperspektiven eröffnen. Für eine erfolgreiche Weiterbildungsförderung über die Arbeitsagenturen und Jobcenter ist eine sehr gute Beratung und eine ausreichende Mittelausstattung notwendig.

Vor Überschuldung schützen

Wenn die finanziellen Mittel nicht mehr für die Lebenshaltung und die Schuldentilgung ausreichen, lernen die Bürgerinnen und Bürger schnell die Kehrseite des Finanzmarktes, die Überschuldung, kennen. Mit steigenden Schulden setzt oft eine Abwärts spirale ein, die zu Lohnpfändung, Problemen am Arbeitsplatz, dem Verlust des Girokontos oder gar der Wohnung führen kann. Hauptursachen für Verschuldung sind Arbeitslosigkeit, Scheidung oder gescheiterte Selbstständigkeit. Wir wollen die Privatinsolvenz und damit einen finanziellen Neustart erleichtern – zum Beispiel durch mehr Schuldnerberatungen. Wir wollen das Leben mit Überschuldung erträglicher machen – zum Beispiel durch das Recht auf ein Girokonto auf Guthabenbasis. Und wir wollen Verschuldung vorbeugen – zum Beispiel durch schärfere Regeln für die Kreditvergabe und die Förderung der Kompetenz im Umgang mit Geld, die bereits in der Schule zu vermitteln ist.

Grünes Projekt

Mit dem Progressiv-Modell für gerechte Sozialabgaben wollen wir niedrige Einkommen entlasten.

Unser Vorschlag für eine Reform der Lohnnebenkosten schafft mehr Gerechtigkeit. Er folgt dem Prinzip, das im Steuersystem bereits lange verankert ist. Dort ist die Progression längst Praxis: Hohe Einkommen werden stärker besteuert, niedrige weniger. Geringverdienende haben mit dem Progressiv-Modell netto mehr in der Tasche und werden damit auch von staatlicher Unterstützung unabhängiger. Konkret wollen wir die Abgaben bei einem Monatseinkommen von beispielsweise 1.000 Euro auf jeweils 14 Prozent für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen absenken. Erst bei einem Bruttoeinkommen von 2.000 Euro fallen die rund 20 Prozent an, die beide Seiten derzeit jeweils zahlen. Kommt ein Arbeitnehmer mit zwei oder mehreren Teilzeitjobs auf ein höheres Einkommen, werden die vollen Sozialversicherungsbeträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer fällig. So wollen wir die Aufteilung von Vollzeitjobs in Teilzeit- und Minijobs unattraktiv für Arbeitgeber machen. Das Progressiv-Modell ist für Arbeitgeber, beispielsweise in der Dienstleistungsbranche, auch ein Anreiz, neue Jobs zu schaffen.

Fallbeispiel:

Kerstin D.

Weg von den Schulden

Kerstin D. ist 44 Jahre alt und hatte sich bis vor zwei Jahren nie viele Gedanken um Geld gemacht. Als Krankenschwester verdiente sie zwar nur 1.200 Euro brutto im Monat, aber der Computerhandel ihres Mannes lief gut. Den neuen Flachbildfernseher kauften sie auf Raten, für die Urlaubsreise auf die Malediven nahm das Paar einen Kredit auf. Als die Computerfirma Pleite ging, zerbrach auch die Ehe. Der Scheidungsanwalt eröffnete Kerstin D. schließlich, dass sie für die Kreditverträge ihres Mannes mithaftet: 14.000 Euro der Firmenschulden entfallen auf sie, weitere Kredite belaufen sich auf 3.000 Euro. Die Gläubiger lassen einen Teil ihres

Lohnes pfänden, Kerstin D. muss in eine billigere Wohnung umziehen. Der Schuldenberg bereitet ihr schlaflose Nächte, tagsüber kann sie sich kaum noch auf ihre Arbeit konzentrieren. Ihr Chef droht ihr mit Kündigung. Dann bekommt sie endlich einen Termin bei einer unabhängigen Schuldnerberatung. Nach dem Beratungsgespräch sieht sie wieder Licht am Ende des Tunnels. Sie weiß nun, dass sie als Schuldnerin auch Rechte hat. Und der gemeinsam mit der Beraterin aufgestellte Entschuldungsplan lässt sie wieder auf ein Leben nach den Schulden hoffen.

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Arbeitslosigkeit ist das größte Armutsrisiko in Deutschland. Mehr als eine Million Langzeitarbeitsloser sind derzeit ein Jahr oder länger ohne Arbeit. Damit nimmt Deutschland einen unrühmlichen Spitzenplatz in Europa ein. Einschließlich der Kinder, Familienangehörigen und derjenigen, die ergänzend zum Niedriglohnjob das Arbeitslosengeld II beziehen, sind zu Beginn des Jahres 2009 knapp sieben Millionen Menschen in Deutschland auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Insgesamt waren in den Jahren 2005 bis Ende 2007 trotz Konjunkturaufschwung knapp 12 Millionen Bürgerinnen und Bürger mindestens einmal davon abhängig, das sind 18 Prozent der Bevölkerung bis 65 Jahre.

Warum? Deutschland nutzt die Chancen nicht, die im Strukturwandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft liegen. In der Pflege und der Gesundheitsbranche, im Bildungs- und im Bereich der ökologischen Modernisierung stecken die Jobs der Zukunft. Für sie müssen wir qualifizieren, um arbeitslosen Menschen Zugang zu neuer Arbeit zu eröffnen.

Ein zentrales Problem dabei ist immer noch die Arbeitsberatung, die Arbeitsvermittlung und vor allem die Arbeitsförderung. Diese läuft viel zu häufig nach Schema F: Statt an individuellen, tragfähigen Lösungen zu arbeiten, werden die Menschen in standardisierte Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs gesteckt. Von einem Verhältnis auf Augenhöhe zwischen Vermittlern und Arbeitssuchenden kann in den Jobcentern nicht die Rede sein. Soziale Bürgerrechte sind auf der Strecke geblieben: Sogenannte Eingliederungsvereinbarungen werden von oben verfügt, die Androhung von Sanktionen gehört zum Alltag und Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Konflikte sind bei solchem Vorgehen unausweichlich. Wegen fehlender Schlichtungsmöglichkeiten ziehen immer mehr Betroffene vor Gericht.

Unter Arbeitsmarktpolitik verstehen wir nicht die Verwaltung von Arbeitslosigkeit. Stattdessen brauchen wir qualifizierte, maßgeschneiderte und umfassende Unterstützung, die die Existenz sichert und mit deren Hilfe Arbeitslose neue Zugänge in Arbeit finden. Dazu gehört auch die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes. Das heißt: Wir brauchen einen dauerhaft öffentlich geförderten Beschäftigungsbereich für alle, die auf lange Sicht keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

Individuell und dezentral fördern

Hilfen und Angebote müssen zu den Menschen passen – nicht umgekehrt. Deshalb brauchen die Jobcenter und Kommunen vor Ort die Freiheit, flexibel zu reagieren. Detaillierte Vorschriften und Vorgaben von oben stehen dem im Weg. Individuelles Fördern muss im Mittelpunkt stehen, um den Betroffenen dauerhaft ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu gehört es zum Beispiel, bei Bedarf einen Kontakt zur Schuldnerberatung herzustellen oder eine Therapie zu ermöglichen. Statt jährlich eine Milliarde Euro für meist sinnlose Ein-Euro-Jobs auszugeben, muss dieses Geld in die Qualifizierung Arbeitssuchender fließen – zum Nachholen eines Schulabschlusses oder für eine berufliche Aus- oder Weiterbildung.

Begegnung auf gleicher Augenhöhe

Die notwendige Balance zwischen Fordern und Fördern auf dem Weg in den Arbeitsmarkt erreichen wir nur, wenn wir die Rechte von Hilfsbedürftigen und ihren Angehörigen stärken. Denn ohne faire Spielregeln, Motivation und Bestärkung der Menschen geht es nicht. Das muss durch ein Wunsch- und Wahlrecht weit mehr berücksichtigt werden als bisher. Das bedeutet: Wird Fähigkeiten, Wünschen sowie Vorschlägen der Einzelnen nicht Rechnung getragen und besteht keine Wahl zwischen verschiedenen Förderangeboten, dürfen keine Sanktionen verhängt werden. Wir wollen neutrale Schlichtungsstellen, um Streitfälle zwischen ALG II-Beziehenden und Jobcentern möglichst beizulegen, bevor sie vor dem Gericht landen.

Grünes Projekt

Mit individueller Betreuung sollen Arbeitslose gezielt gefördert werden.

Individuelle Betreuung auf dem Weg zurück in die Arbeit – das ist unser zentrales Anliegen. Dazu bedarf es passgenauer Beratung, Begleitung und Qualifizierung, die die Stärken, Schwächen und Wünsche der Arbeitssuchenden berücksichtigt. Nur so sind dauerhafte Integrationserfolge möglich. Daneben müssen ALG II-BezieherInnen noch weitere Hilfen zur Verfügung stehen. Denn Arbeitslosigkeit ist häufig nur ein Problem unter vielen. Oft sind auch gesundheitliche, familiäre oder andere Probleme wie Schulden auf dem Weg in die Erwerbsarbeit zu bewältigen.

Wir wollen den Grundsatz des Förderns klarer als bisher im Gesetz verankern. Das ist dringend nötig. Denn statt die Betreuung der Arbeitssuchenden zu verbessern, hat Schwarz-Rot sogar Leistungen gestrichen, die bislang flexible und zielgenaue Hilfe ermöglichten.

Fallbeispiel:

Sandra K.

Zurück ins Erwerbsleben

Sandra K. hat die Bewerbungen, die sie in den vergangenen Jahren geschrieben hat, nicht gezählt. Die Real-schulabsolventin und ausgebildete Bäckerin bewarb sich auf verschiedenste Stellenangebote – erfolglos. Als Alleinerziehende mit zwei schulpflichtigen Kindern schien die 33-Jährige auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt: nicht rund um die Uhr verfügbar, angewiesen auf kindertaugliche Arbeitszeiten. Seit der Scheidung ist Sandra K. auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Anfang des Jahres hatte die ARGE ihre Leistung um 30 Prozent gekürzt, nachdem sie sich geweigert hatte, einen Ein-Euro-Job als Parkanlagenwächterin anzutreten. Ein Betreuungsangebot für ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit hat man ihr nicht gemacht.

Erst als sie Widerspruch einlegte und vor dem Sozialgericht Recht bekam, wurde die Sanktion von der ARGE zurückgenommen.

Mitte des Jahres ist Sandra K. in einen anderen Landkreis umgezogen. Ein anderes Jobcenter ist jetzt für sie zuständig. Der engagierte Geschäftsführer hat zusammen mit der Arbeitsagentur und der Kommune ein neues Projekt zur gezielten Unterstützung Alleinerziehender gestartet. Das bedeutet zum ersten Mal eine echte Perspektive für Sandra K.: Die ARGE zahlt ihr eine Weiterbildung zur Kauffrau für Tourismus und Freizeit – halbtags. Am Nachmittag ist die Mutter wieder zu Hause. Bald will sie wieder Bewerbungen schreiben. Ihre Sachbearbeiterin hat ihr schon zugesagt, dass sie sich um einen Betreuungsplatz für die Kinder kümmern wird, wenn es mit einem Job klappt.

Bildung verbessern

Armut beginnt früh – schon dann, wenn Kinder wenig Chancen auf Bildung und Entwicklung haben. Ob Schulabbruch, Hauptschule oder Abitur – darüber entscheiden häufig Herkunft und Bildungsgrad der Eltern, nicht die Fähigkeiten eines Kindes. Kinder aus mittellosen Familien kommen später in den Kindergarten. Auch deswegen haben sie größere Probleme in der Schule als die Töchter und Söhne von AkademikerInnen. Die PISA-Studie kommt seit Jahren immer wieder zum gleichen erschreckenden Ergebnis: 20 Prozent aller 15-Jährigen können kaum lesen oder verstehen nicht, was sie lesen. Besonders viele Kinder mit Migrationshintergrund sind darunter. Jedes Jahr verlassen acht Prozent eines Jahrgangs ohne Abschluss die Schule. An die Hochschulen schaffen es noch immer viel zu wenige, deren Eltern nicht selbst schon studiert haben. Gute Bildung ist aber die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und für einen qualifizierten, sicheren und ausreichend bezahlten Arbeitsplatz.

Zugang zu Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist gute Bildungspolitik auch wirksame Vorbeugung gegen Armut. Je früher gute Bildung beginnt, desto wirksamer kann sie sein. Deswegen sind die Kitas für uns wichtige Bildungsorte.

Auf die Ganztagschule setzen

Mit ihr schaffen wir flexible und lerngerechte Stundenpläne und fördern die Kinder, die bisher weniger Chancen haben. Die verlässliche Betreuung hilft auch Alleinerziehenden, Job und Kind unter einen Hut zu bringen.

Kinder mit Migrationshintergrund lernen kontinuierlich die deutsche Sprache. Die verpflichtende Ganztagschule bedeutet mehr als morgens Unterricht und nachmittags Freizeitangebote. Echte Ganztagschulen verteilen den Unterricht auf den ganzen Tag. Gemeinsames und individuelles Lernen, Phasen der Konzentration und der Entspannung wechseln sich ab. Unterschiedliches Personal wie SozialarbeiterInnen, HandwerkerInnen und SchulpsychologInnen arbeitet zusammen. Küchenfachkräfte sind genauso eingebunden wie KünstlerInnen, SportlerInnen oder GärtnerInnen.

Länger gemeinsam lernen, weniger sortieren

Die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn darf nicht schon in der vierten Klasse fallen. Das macht bereits Neunjährigen Angst – ein katastrophaler Effekt. Wir setzen uns dafür ein, dass Schule Chancen vermittelt, nicht Potenziale verschüttet. Dazu gehört für uns auch die schrittweise Integration aller FörderschülerInnen in die Regelschulen. Wir wollen unser Bildungssystem durchlässiger machen. Wie zum Beispiel in Hamburg, wo es künftig nach sechs Jahren in der Primarschule nur noch zwei Arten von Schulen gibt – und an beiden kann man Abitur machen.

Individuell fördern

Das gegliederte Schulwesen ist von der Vorstellung geprägt, dass ein Kind zu einer Schule passen muss. Wir Grüne gehen dagegen davon aus, dass Schule die Begabungen und Eigenarten jedes einzelnen Kindes sehen muss und von der Vielfalt profitieren kann. Nur wer individuell fördert, kann Nachteile ausgleichen und versteckte Talente zur Entfaltung bringen.

Abschlüsse nachholen

Geringqualifizierte werden künftig immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau betrieblich orientierter Produktionsschulen, einer Kombination aus Arbeiten und Lernen, mit der junge Menschen ihren Schulabschluss nachholen können. Auch die Weiterbildung müssen wir besser unterstützen. Der Staat soll das Sparen für Bildung ähnlich fördern wie das Bausparen. Jene, die einen Abschluss nachholen oder sich weiterbilden, sollen Erwachsenen-BAföG erhalten. Dann haben auch Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund eine Chance.

Anders ausbilden

Die berufliche Ausbildung wollen wir grundlegend reformieren. Die Hälfte aller SchulabgängerInnen findet keinen Ausbildungsplatz. Wir wollen sinnlose Warteschleifen abbauen und ein System zertifizierter Ausbildungsbausteine aufbauen. Unser Konzept heißt DualPlus: mit Grundmodulen der Ausbildung, Produktionsschulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten – als drittem Lernort neben Berufsschule und Betrieb.

Grünes Projekt

Wir brauchen mehr Mittel für die Ganztagschule.

Die Ganztagschule bietet allen Kindern mehr Chancen und entlastet die Eltern. Wir fordern die Bundesregierung auf, das von Rot-Grün initiierte Ganztagschulprogramm zu verlängern. Seit 2003 wurden rund 10.000 Schulen für den Ganztagsbetrieb ausgebaut. Doch ohne weitere Bundesmittel sind einige Länder nicht in der Lage, die übrigen Schulen ausreichend mit Mensen, Arbeitsplätzen und Werk- und Aufenthaltsräumen auszustatten. Die Mittel des Bundes müssen in Zukunft auch für Personal verwendet werden dürfen. So muss ein Bundesprogramm für Sozialarbeit an den Schulen die Lehrkräfte bei der Betreuung unterstützen. Die Kosten für Schulbücher und Mittagessen sowie Fahrtkosten müssen bei Bedarf übernommen werden.

Fallbeispiel:

Jana und Dennis Bildung mit Erfolg

Seit dem Umzug ist alles neu. Frau Koch lebt jetzt mit Jana (9) und Dennis (16) in einem anderen Bundesland. Sie hat endlich einen Job als Buchhalterin gefunden, weil ihre Kinder nun auch nachmittags betreut werden

und in der Schule wieder klarkommen. Auch den Kindern geht es besser als erwartet. Jana geht gerne in ihre neue Ganztagschule, weil der Unterricht dort so abwechslungsreich ist. Und wenn sie um fünf nach Hause kommt, steht gemütliches Plaudern mit Mama auf dem Programm, die Arbeit ist ja erledigt. Ihr Bruder Dennis war vor dem Umzug ziemlich unmotiviert. Er hatte einfach keine Lust mehr, zur Schule zu gehen. "Leben mit oder ohne Schulabschluss?", das war ihm egal. Der Sozialarbeiter an Janas Schule wusste Rat: Dennis besucht nun eine Produktionsschule. Und es sieht so aus, als würde er mit dem Werkzeug in der Hand auch wieder Spaß am Lernen finden. Wenn alles gut geht, macht er nächstes Jahr seinen Schulabschluss.

Kinder fördern

Armut im Kindesalter ist besonders dramatisch. Sie nimmt der Kindheit ihre Unbekümmertheit und belastet als Hypothek den weiteren Lebensweg. Damit ist Kinderarmut mehr als ein individuelles, sie ist ein gesellschaftliches Problem: Mit jedem Kind, das unsere Gesellschaft ausgrenzt, beraubt sich Deutschland seiner Zukunft. Arm zu sein bedeutet nicht nur, mit wenig Geld auskommen zu müssen, in einer engen Wohnung zu leben oder weniger Spielzeug zu haben. Mädchen und Jungen aus armen Familien liegen in ihrer Entwicklung häufig zurück, sind vielfach weniger selbstbewusst, häufiger krank, ängstlicher und schlechter in der Schule. Kinder sind nicht alleine arm. Arm sind die Familien, in denen sie leben. Betroffen sind vor allem Familien, in denen die Eltern arbeitslos sind oder sehr wenig verdienen, Familien mit Migrationshintergrund, kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Eine Armutsursache ist immer noch die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch muss der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem schulischen Erfolg der Kinder aufgehoben werden.

Armut von Kindern hat viele Gesichter. Um sie umfassend zu bekämpfen, gehen wir Grüne das Problem von zwei Seiten an: Zum einen setzen wir uns ein für Bildung und bessere Betreuung vom frühesten Kindesalter an, die allen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen eröffnen. Zum anderen wollen wir die finanzielle Situation von Kindern und ihren Eltern verbessern. Kein Kind darf zurückgelassen werden – das ist der Maßstab unserer Politik.

Früh fördern

Um soziale Nachteile auszugleichen, brauchen wir qualitativ bessere Betreuungsangebote. Chancengleichheit beginnt früh. Gerade Kinder, die von ihren Eltern nicht gefördert werden, profitieren von Kindertagesstätten mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern. Um die frühkindliche Bildung zu verbessern, soll jede Kindergruppe im Schnitt eine zusätzliche PädagogIn bekommen. Mittelfristig soll die Hälfte der Fachkräfte auf Hochschulniveau ausgebildet sein. Kindertagesstätten wollen wir verstärkt zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen.

Betreuung ausbauen

Sollen Kinder nicht zum Armutsrisiko werden, müssen Familie und Beruf besser vereinbar sein. Deshalb fordern wir, das Angebot für die Kinderbetreuung deutlich auszuweiten: Sowohl Kinder unter drei Jahren als auch die älteren sollen einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz haben. Der Zugang zu dieser Förderung darf nicht behindert werden. Er muss unabhängig davon möglich sein, ob beide Eltern berufstätig sind oder nicht. Außerdem müssen Elternbeiträge nach Einkommen gestaffelt sein und schrittweise abgebaut werden. In einem ersten Schritt sollte ein Betreuungsjahr für jedes Kind gebührenfrei sein.

Kindergrundsicherung

Damit Kinder wirklich teilhaben können, muss auch die materielle Basis stimmen. Notwendig sind deshalb Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die ihren tatsächlichen entwicklungsbedingten Bedarf decken. Perspektivisch streben wir ein Modell einer umfassenden Kindergrundsicherung an, welches die Kinder in den Mittelpunkt rückt und ihre Bedarfe deckt.

Fallbeispiel:

Ben und Lena

Mit Kinderbetreuung würde es gehen

Familie Schröder lebt mit den beiden Kindern, dem vierjährigen Ben und der eineinhalb Jahre alten Lena, in einem westfälischen Dorf. Der Vater ist Handelsvertreter und deshalb oft unterwegs. Er verdient 1.600 Euro netto – zu wenig, um die Familie allein zu versorgen und die Hypothek abzubezahlen. Vor der Geburt der Kinder arbeitete die Mutter, eine gelernte Einzelhandelskauffrau, in einem Modeladen. Die Inhaberin würde Frau Schröder gerne weiter beschäftigen – für mindestens 30 Stunden pro Woche, inklusive Schichtdienst. Die Eltern suchen deshalb nach einem Kindergarten, in dem Ben und Lena den ganzen Tag über betreut werden – leider erfolglos. Frau Schröder muss das Jobangebot ablehnen. Stattdessen putzt sie stundenweise und ohne Sozialversicherung, um das Familieneinkommen aufzubessern. Mit einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für beide Kinder, wie wir Grüne ihn fordern, wäre das anders.

Weniger Armut

– mehr Lebensqualität für die ganze Gesellschaft

Es lohnt sich für alle Bürgerinnen und Bürger, wenn unsere Gesellschaft in Teilhabechancen und Existenzsicherung investiert. Jugendliche, die ein Versprechen auf eine berufliche Chance ernst nehmen können, sind motiviert statt frustriert. Menschen, die wissen, dass sie sich im Notfall auf eine stabile Existenzsicherung verlassen können, gehen auch eher wirtschaftliche Risiken ein. Ohne Sicherheit gibt es keine Flexibilität und auch weniger Kreativität. Not mag erfinderisch machen, aber Angst lähmt. Wir wollen die Lähmung überwinden – damit die Menschen ihre Würde behalten und neue Wege gehen können.

Armut ist ein vielschichtiges und komplexes Problem. Einkommensarmut, Migrationshintergrund, Kinderreichtum, Bildungsarmut, Gesundheitsprobleme und schlechte Wohnsituation überlagern sich. Konzepte gegen Armut müssen folglich alle Facetten, die gesamte Breite der Lebenslagen, in den Blick nehmen. Armut hat darüber hinaus hohe finanzielle Folgewirkungen – sie ist teuer. Ein Land wie unseres kann sich allein schon aus ökonomischen Gründen nicht so viel Armut leisten.

Unsere Konzepte markieren einen Aufbruch in der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik. Einen Aufbruch zu einem ermutigenden Sozialstaat, einem Sozialstaat, der Mut statt Angst macht und der das Potenzial aller BürgerInnen zu schätzen und zu nutzen weiß. Wir reagieren auf die Veränderung der Gesellschaft, die wir heute für morgen in Angriff nehmen können und müssen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Bundestagsfraktion

Markus Kurth MdB, Sprecher für Sozialpolitik

Arbeitskreis 1: Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen, Haushalt

Arbeitskreis 5: Wissen und Generationen

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Bundestagsdrucksachen

16/11755	Gerechtigkeit und Chancen statt Ausgrenzung und Armut
16/9599	Rechte von Arbeitssuchenden stärken - kompetentes Fallmanagement
16/9028	Kein Kind zurücklassen - Programm gegen Kinderarmut
16/8784	Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
16/7751	Gegen Armut trotz Arbeit - Strategie zur Stärkung geringer Einkommen
16/7113	Regelsätze behindertengerecht anpassen

Zum Weiterlesen

Verbraucherinnen und Verbraucher vor Überschuldung schützen (Fraktionsbeschluss vom 20.01.2009)

Ohne Bildung? Keine Chance! (Fraktionsbeschluss vom 11.09.2008)

Bildung muss Schule machen (Flyer 16/196)